

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 6,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1,80 RM. bei Platzvorkauf 2,30 RM.; Familiennachrichten für die Zeile 1,70 RM. Reklame-Kolonelle 7,50 RM. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neues von den Zeitsfreiwilligen.

Partei-Erklärungen zum Regierungs-Problem.

Berlin, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Die übereinstimmende Auffassung aller Vorstandsmitglieder ging dahin, daß die gegenwärtige Lage durch die maßlose Agitation der bisherigen Oppositionsparteien, der Deutschen Nationalen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verschärft ist. Auf diesen Parteien liegt in erster Linie die Verantwortung für die heutige Situation, sie müssen jetzt Wege finden, auf denen sie ihre Wahlversprechungen erfüllen und der Republik eine aktionsfähige Regierung schaffen können. Das Berliner Tagesblatt schreibt dazu: „Es ist anzunehmen, daß die Haltung der deutsch-demokratischen Reichstagsopposition sich nicht von der Stellungnahme des Parteivorstands unterscheiden wird. Die weitere Behandlung der Frage wird nun in erster Linie bei der Fraktion liegen. Von den Mitgliedern der Fraktion sind die meisten noch nicht in Berlin.“

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei tritt am 18. Juni zu einer Aussprache über die politische Lage zusammen. Die vom Zentrum abgespaltene Bayerische Volkspartei erklärt durch den bayerischen Kanzler ihre Bereitwilligkeit, die Regierungsbildung im Reich zu unterstützen. Sie schlägt eine Koalition aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum mit Einfluß der liberalistischen Mitte vor und drückt die Hoffnung aus, daß die Deutsche Volkspartei einer Regierungsbildung auf dieser Basis keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Die Deutschen Nationalen Parteikorrespondenz erklärt zur Lage u. a.: „Wie der Hauptvorstand der Partei in seiner Erklärung vom 10. April bereits betont, ist die Partei bereit, bei der Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes mit allen zusammenzugehen, die guten Willens sind, bei der Wiederherstellung von Arbeit, Wirtschaft und Ordnung in Deutschland zu helfen. Für die Bildung der neuen Regierung darf nach ihrer Überzeugung nicht Absenkung oder Zuneigung der einzelnen Parteien, sondern nur das große vaterländische Arbeitsziel maßgebend sein. Die Deutschen Nationalen Parteimitglieder werden bereit sein, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für praktische Wiederaufbauarbeit finden läßt. Das Vaterland steht für sie in der gegenwärtigen Not noch mehr als sonst über den Parteien.“

Die Deutschen Nationalen wollen also mit den Rechtssozialisten in die Regierung gehen — natürlich, wenn die Rechtssozialisten entsprechende Politik machen. Ein ehrenvolles Anerbieten.

Von der 3. Internationale.

Berlin, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) In Mailand hat eine Konferenz der der 3. Internationale angeschlossenen Parteien stattgefunden, auf der folgende Länder vertreten waren: Rußland, Bulgarien, Ungarn, Frankreich, Italien und die Schweiz. Es wurde beschlossen, möglichst rasch eine Vollkonferenz aller auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Parteien nach Italien einzuberufen, die ein Zentralbureau der Internationale, zusammengesetzt aus Vertretern aller angeschlossenen Parteien in Europa, zu wählen hat. Ferner sollen die Vertretungen der großen, der 3. Internationale angeschlossenen Parteien durch ständige Vertreter der Bruderparteien anderer Länder ergänzt werden, um so ein besserer, reibungsloser internationaler Zusammenarbeiten zu gewährleisten. Eine einstimmig angenommene Rundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vereinigung der verschiedenen Parteien der 3. Internationale, nachdem sie Kenntnis genommen hat von politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, bestätigt und bekräftigt die Prinzipien und die Grundlage, sowie die Taktik der 3. Internationale. Sie fordert mit allem Nachdruck die ihr angeschlossenen Parteien auf, mit mehr Energie und Grundsätzlichkeit, als es bisher der Fall war, die tiefgehenden Unterschiede zu betonen, welche zwischen den Parteien, die noch auf dem Boden der 2. Internationale stehen, bzw. der 3. noch nicht angeschlossenen sind, bestehen. Der Bruch mit Opportunismus und Reformismus muß ein vollkündiger sein. Die Vereinigung erstreckt sich als notwendig, die Parteien der 3. Internationale anzugliedern, keinen Augenblick die Propaganda für die Anerkennung und den Frieden mit Sowjetrußland. Die aggressive Politik der Entente ist noch nicht beendet, im Gegenteil, sie verfolgt weiter ihr Doppelspiel. Während sie Beziehungen mit Sowjetrußland aufbaut, leiht sie Hilfe den reaktionären Kräften eines Deutschlands, Japans. Die Aufnahme der Handelsbeziehungen ist für Rußland mit großer Gefahr verbunden, sofern die Gewerkschaften und Genossenschaften der organisierten Arbeiter dem russischen Proletariat nicht zu Hilfe

ellen. Indem das Gelübde, alles zu tun für die Schaffung des Kommunismus, wiederholt wird, sendet die Konferenz brüderliche Grüße dem tapferen Proletariat Rußlands, Deutschlands und Ungarns.“

Die Alliierten-Konferenz in Frage gestellt?

Paris, 10. Juni. In der neuerlichen Verwicklung der politischen Lage in Europa infolge des Rücktritts des neuen italienischen Kabinetts und der durch die Wahlen herbeigeführten Regierungskrise in Deutschland bemerkt eine Fava-note, angesichts dieser Ausläufer frage man sich in amtlichen alliierten Kreisen, ob das italienische und das deutsche Kabinett so rechtzeitig gebildet werden würden, daß sie sich noch vor der Juli-Zusammenkunft der Alliierten in Brüssel als Vorbereitung für Spa den Parlamenten vorstellen könnten. Andernfalls müßte die Konferenz in Spa von neuem vertagt werden. Es sei daher möglich, daß unter diesen Umständen die Führer der alliierten Regierungen genötigt sein würden, auf die Zusammenkunft zu verzichten. Die internationale Finanzkonferenz zwischen den Vertretern der Alliierten, der Deutschen und der Neutralen in Brüssel könne vielleicht stattfinden, ohne das Ergebnis der Konferenz in Spa abzuwarten. Sie würde dann die Aufgabe haben, Maßnahmen zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa zu treffen, vor allem durch eine internationale Anleihe. Die alliierten Regierungen und die Reparationskommission würden natürlich die Beschüsse gutheißen, die als unumgänglich notwendig angesehen würden, wenn man in kurzer Zeit den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in Angriff nehmen wolle.

Ex-Kaiser Karls Sehnsucht nach Ungarn.

Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht eine Meldung aus Rotterdam, daß in belgischen Kreisen verlautet, Exkaiser Karl habe sich an die Entente-Regierungen mit der Bitte gewandt, seine Rückkehr nach Ungarn zu gestatten. Der Exkaiser behauptet, daß er in der Schweiz wegen Mangel an Geld nicht bleiben könne, während er in Ungarn als Privatmann auf seinen Gütern leben könne.

Die türkischen Nationalisten Herren der Dardanellen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Nationalisten durch die Besetzung weiterer wichtiger Punkte das asiatische Ufer der Dardanellen unter ihre Kontrolle gebracht haben. Die regulären Truppen laufen scharenweise in das Lager der Nationalisten über.

Verlagung der englisch-russischen Verhandlungen.

III. London, 10. Juni. Da Krassin die von England verlangten Garantien bezüglich der Freilassung der Gefangenen sowie auf Unterlassung der Propaganda in den Ententeländern nicht geben konnte, wurde die Zusammenkunft zwischen Krassin und den Delegierten des Wirtschaftsrats der Alliierten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Proteststreik gegen die Brotpreiserhöhung in Rom

Mailand, 9. Juni. Die Corriere della Sera berichtet, haben die Arbeiter und Angeheften Roms am Dienstagmittag die Arbeit eingestellt als Protest gegen die Erhöhung des Brotpreises.

Streik in einem Kruppwerke.

Das Wolffsche Bureau verbreitet die folgende, offenbar sehr zuungunsten der Arbeiterschaft gefärbte Meldung:
Eßen (Ruhr), 10. Juni. Heute nachmittag versuchten mehrere hundert Arbeiter der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhäusen, durch Demonstrationen die sofortige Zulage von Lohn-erhöhungen zu erzwingen. Auf die Erklärung der Verwaltung, nur mit dem Betriebsrat verhandeln zu können, legte die Menge sofort das Werk still. Die Ausföhrung der Notkandarbeiten wurde mit Gewalt verhindert, es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen. Wegen der Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten werden, wenn die Hütte wieder zur Arbeit kommt, eine Inbetriebnahme auf längere Zeit und die Weiterbeschäftigung der vollen Belegschaft unmöglich. Eine Störung der übrigen Kruppischen Werke, die von Rheinhäusen ihre Rohstoffe beziehen, wird um so weniger zu vermeiden sein, je länger die tumultuarische Störung dauert.

Die Reaktion rüstet!

Zeitsfreiwillige als Reserve für die Reichswehr.

Nachrichten aus dem ganzen Reich bestätigen immer wieder aufs neue, daß die Reaktion nicht daran denkt, auf verfassungsmäßigem Wege die Macht an sich zu bringen. Während die Parteien Verhandlungen pflegen, wie der Reichstag ohne regierungsfähige Mehrheit eine Regierung wählen soll, während die Presse langatmige Wahlbetrachtungen anstellt, rüstet die Reaktion zum entscheidenden Kampf. Sie will, gestützt auf die vorzüglich organisierte Militärmacht, die Herrschaft mit Gewalt an sich reißen, um dann eine rücksichtslose Säubeldiktatur aufzurichten. Ihre Beteiligung an der Reichstagswahl sollte vorläufigen, daß sie den Kampf um die politische Macht nur mit legalen, verfassungsmäßigen Mitteln führt und ihnen Gelegenheit sein — wie wir an dieser Stelle gestern schon sagten —, die Zahl ihrer Getreuen zu mustern.

Wie verlogen die Erklärungen über den verfassungsmäßigen Kampf der Reaktionäre sind, wie wenig Glauben den regierungsoffiziösen Meldungen von der bereits vollzogenen Auflösung der Zeitsfreiwilligenformationen beizumessen ist, zeigen die Vorgänge bei den Leipziger Zeitsfreiwilligen, auf die wir schon wiederholt aufmerksam machten. Am Freitag und Sonnabend vor der Reichstagswahl erhielten die Leipziger Zeitsfreiwilligen Warnungsschreiben, die, wie in Berlin, vor einer Bartholomäusnacht warnten. Ein solches Schreiben wurde uns zur Verfügung gestellt. Es lautet:

Geheim,
Persönlich.
Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß in der Nacht vom Sonntag auf Montag, bzw. Montag auf Dienstag die Wohnungen der ehemaligen Offiziere und der Zeitsfreiwilligen von linksradikaler Seite ausgehoben werden sollen und bitten Sie zum Schutze Ihrer eigenen Sicherheit, sich in Zivil am Sonnabend in die... Kasernen begeben zu wollen. Man bittet Sie, Ihre Waffen zu verpacken und unbrauchbar zu machen.

Unterschrift,
Hauptmann und Btl.-Kdr.

Der Empfänger des Briefes kam in die benannte Kaserne und traf dort mit einer Anzahl anderer Zeitsfreiwilliger zusammen, die ebenfalls geladen waren. Ein Offizier eröffnete ihnen dort, daß die militärischen Stellen von einem geplanten Linksputsch unterrichtet seien, und Abwehrmaßnahmen vorbereiten. Zu diesem Zweck werden die Zeitsfreiwilligen (die nach einer Erklärung der Regierung schon längst aufgelöst sein sollten!) in die Reichswehr eingereiht und gelistet, soweit sie beruflisch verhindert sind, als beurlaubt. Die Einreihung geschieht so, daß die Zeitsfreiwilligen den verschiedenen Kompanien der Reichswehr zugeteilt werden. Dagegen werden aus den korporierten Studenten Sonder-Kompanien gebildet. Im Nothfall werden die Zeitsfreiwilligen aus der Reichswehr herausgezogen und in je zwei Kompanien pro Bataillon als Zeitsfreiwilligenformation aufgestellt. Waffen und Ausrüstung werden von der Reichswehr gestellt. Außerdem wird noch eine besondere Zeitsfreiwilligen-Batterie gebildet.

Nach dieser Information wurden die „aufgelösten“ Zeitsfreiwilligen der Form wegen in die Reichswehr überschrieben und erhielten folgenden Ausweis:

Ausweis, Leipzig, 5. Juni 1920.

Inhaber dieses Heftes... ist Angehöriger des Reichswehregiments 38, 3. Btl., und berechtigt, Waffen zu tragen.
Stempel des Grenzjäger-Regt. 38.

Unterschrift,
Hauptmann und Btl.-Kdr.

Den Zeitsfreiwilligen hat man erst mit der angeblich geplanten Mordnacht graulich gemacht, trotzdem kein Mensch an solch einen Irrsinn dachte, der nur der überspannten Phantasie eines Reaktionärs entsprungen sein kann. In der Kaserne hat man dann einen langen Vortrag über den bevorstehenden Linksputsch gehalten, um den Zeitsfreiwilligen die Notwendigkeit der militärischen Vorbereitungen zu beweisen. Die Mannschaften der Reichswehr klüffern sich in die Ohren, daß es diesmal nach Preußen gehen soll. Die Organisation scheint also so getroffen zu sein, daß die Truppen nicht an ihrem Standort „eingesetzt“ werden sollen. Unsere Informationen erklären auch eine Meldung der Leipziger Zeitung, die am 6. Juni schreibt:

„Nachdem schon gestern in den Mittagsstunden verschiedene Trupps von Studenten sich auf dem Augustusplatz versammelt